



Protokoll

Datum:

17. Oktober 2017

Für:

Mitglieder der Cocosol sowie weitere Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender Auflistung

Protokoll der 4. Sitzung der beratenden Kommission (Cocosol) vom 17. Oktober 2017

Vorsitz:	Luzius Mader	Präsident; Bundesamt für Justiz / FSZM
Mitglieder:	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstelle Zürich
	Urs Allemann	Ehem. Mitglied Ausschuss SH, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss SH
	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Vizepräsidentin der schweiz. Archivdirektorinnen- und -direktorenkonferenz ADK
	Lisa Yolanda Hilafu	Ehem. Präsidentin Zwangsadoption-Schweiz, Betroffene
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss SH
Entschuldigt:	Christian Raetz	Leiter des « Bureau cantonal de médiation VD »
Ex officio:	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
Protokoll:	Claudia Scheidegger	Bundesamt für Justiz

1 Sitzungsbeginn: 10:00 Uhr

2 **1. Begrüssung und Mitteilungen**

3 Der Präsident begrüsst die Cocosol-Mitglieder zur 4. Sitzung und gibt die Entschuldigungen (C. Raetz) bekannt. Die Sitzungsunterlagen wurden am 3. Oktober versandt; später
4 erfolgte noch eine Nachlieferung von zwei Zeitungsartikeln zur Situation von zwei Ver-
5 dingkindern. Die Diskussion betreffend die Grenzfälle/Grundsatzfragen wird – abwei-
6 chend von der Traktandenliste – heute nicht unter dem Traktandum Varia, sondern unter
7 dem neuen Traktandum 3a erfolgen.
8

9
10 Reto Brand informiert kurz über den Stand beim Versand der Vorbescheide und legt den
11 Kommissionsmitgliedern ein Beispiel eines versendeten Dokumentes zur Illustration vor.
12 Nennenswerte Reaktionen von Betroffenen auf den Versand dieser Dokumente habe es
13 bisher nicht gegeben. Bei Todesfällen werde auf den Versand des Vorbescheides ver-
14 zichtet. Stattdessen nehme man in diesen Fällen mit Hinterbliebenen und auch mit den
15 Statthalter- oder Teilungsämtern Kontakt auf und gehe fallbezogen vor. Nach der heuti-
16 gen Sitzung würden zum letzten Mal Vorbescheide versendet; ab der nächsten Sitzung
17 sei es von den Fristen her dann nicht mehr notwendig.
18

19 Der Präsident berichtet, dass das BJ rund 10`000 Adressen mit dem Flyer und den Be-
20 gleitschreiben beliefert habe und die Rückmeldungen durchwegs positiv gewesen seien.
21 Auch die JVA's seien beliefert worden. Einige weitere Aktivitäten, insbesondere Artikel in
22 Gratiszeitungen, seien noch geplant. Gegen Ende Dezember 2017 werde das BJ zudem
23 nochmals an die Medien gelangen, um die Öffentlichkeit über den bevorstehenden Ab-
24 lauf der Gesuchseinreichfrist (Ende März 2017) zu orientieren. Falls eventuell etwas
25 früher als ursprünglich vorgesehen mit den ersten Auszahlungen begonnen werden
26 könnte, würde auch diese Information einfließen. Der Präsident berichtet auch kurz über
27 den Inhalt eingereichten Vorstosses (Interpellation) von Frau Nationalrätin Ursula
28 Schneider Schüttel mit dem Titel: „Solidaritätsbeitrag. Rasche und vollständige Auszah-
29 lung tut not“. Der Interpellantin geht es im Wesentlichen darum, dass Gesuche von Op-
30 fern, die prioritär zu behandeln sind (älter als 75 Jahre alt, nachweislich schwer krank
31 oder deren Opfereigenschaft im Rahmen der Soforthilfe bereits anerkannt wurde) mög-
32 lichst rasch und vollständig, d.h. in Form einer Einmalzahlung und nicht in zwei Teilzah-
33 lungen, ausbezahlt werden. Ausserdem möchte sie, dass der Bundesrat auch in weiteren
34 Fällen eine rasche Auszahlung prüfen lässt. Im BJ rennt diese Interpellation offene Türen
35 ein. Nach Möglichkeit will das BJ im Verlaufe des Jahres 2018 alle prioritären Fälle be-
36 handeln und die gutgeheissenen Gesuche ausbezahlen können.

37 Auf die Frage, was passiere, wenn von Januar 2018 bis März 2018 plötzlich doch noch
38 extrem viele Gesuche einträfen, antwortet der Präsident, dass dieses Szenario nicht
39 ganz ausgeschlossen werden könne, aber die Eintretenswahrscheinlichkeit aus gegen-
40 wärtiger Sicht wahrscheinlich nicht so hoch sei. Letztlich müsse eine Risikoabwägung ge-
41 troffen werden. Wenn man im Dezember 2017 zum Schluss kommen würde – natürlich
42 auch unter Einbezug der angeforderten Rückmeldungen der Anlaufstellen und Archive –
43 dass die Zahl noch extrem ansteigen könnte, müsste man mit den Auszahlungen bis zum
44 Ende der offiziellen Einreichfrist zuwarten. In diesem Fall kämen frühere Auszahlungen
45 nicht in Frage.
46

47 Der Präsident berichtet weiter über Sitzungen mit der Subdelegation der Finanzkommis-
48 sion. Deren Mitglieder hätten sich für unser Thema sehr interessiert. Er habe die Gele-
49 genheit nutzen können, um über den Stand der Arbeiten, die Gesuchsbehandlung für So-
50 lidalitätsbeiträge und weitere Themen im Zusammenhang mit FSZM zu orientieren. Die
51 Mitglieder seien unseren Anliegen gegenüber grundsätzlich wohlwollend und aufge-
52 schlossen gewesen.

53 Auch auf das NFP 76: „Fürsorge und Zwang“ kommt er zu sprechen. Es seien total 77
54 Projekte eingereicht worden und das betreffende Gremium habe eine Vorauswahl getrof-
55 fen; dabei seien auch ausländische Experten befragt und deren Stellungnahmen mitbe-
56 rücksichtigt worden. 30 Projekte sollen nun weiter entwickelt werden. Im Frühling 2018

1 solle dann definitiv darüber entschieden werden. Insgesamt stünden für die künftige Be-
2 arbeitung der ausgewählten Projekte 15 Mio. Franken zur Verfügung.
3 Am 2. November 2017 finde ein Austausch Anlass der UEK mit Betroffenen statt.
4 Am 8. Dezember finde ein nächstes Austauschtreffen mit den Anlaufstellen in Bern statt.
5 Einer der Schwerpunkte sei, den aktuellen Stand der noch in Bearbeitung stehenden Fäl-
6 le in Erfahrung zu bringen, welche bei den Anlaufstellen noch in der Pipeline seien. Diese
7 Informationen seien u.a. für das BJ wichtig, um entscheiden zu können, ob mit den Aus-
8 zahlungen allenfalls auch etwas früher als ursprünglich geplant begonnen werden könne.

9
10 Schliesslich sei die Schweiz von einem Gremium, das sich u.a. mit der Frage von weite-
11 ren Aufarbeitungsmassnahmen betreffend den sexuellen Missbrauch von Kindern in
12 Deutschland befasst, angefragt worden, ob die Schweiz hier nicht im Rahmen eines An-
13 lasses, der Mitte Januar 2018 in Berlin stattfinden soll, einen Diskussionsbeitrag leisten
14 könne. Eine Teilnahme erscheine sinnvoll, ev. auch unter Einbezug von Experten der
15 UEK und des NFP 76.

16
17 Urs Allemann vermerkt, dass das übliche Genehmigungsverfahren beim Protokoll der
18 letzten Sitzung nicht eingehalten worden sei, sondern dass eine erste Fassung (in deut-
19 scher Sprache) recht schnell auf der Homepage aufgeschaltet worden. Erst später sei
20 dann eine bereinigte Fassung auf dem Zirkularweg an die Cocosol-Mitglieder worden.
21 Der Präsident nimmt diesen Hinweis dankbar entgegen und versichert, er lege grossen
22 Wert darauf, dass dies in Zukunft wieder klappe.

23 24 25 **2. Stand der eingegangenen Gesuche/ bisherige Todesfälle**

26 Bis heute sind 3'500 Gesuche beim BJ eingegangen, darunter gibt es leider auch 28 in-
27 zwischen eingetretene Todesfälle. Seit der letzten Cocosol- Sitzung im August 2017 hat
28 es eine Zunahme von 800 neuen Gesuchen gegeben, was zeigt, dass die vermehrten
29 Anstrengungen, die Information an möglichst alle Opfer heranzutragen, nun Früchte zu
30 tragen beginnen.

31
32 Barbara Studer Immenhauser bestätigt, dass auch im Staatsarchiv Bern eine deutliche
33 Zunahme zu verzeichnen gewesen sei. Dies spüre man fast nach allen Medienaktivitä-
34 ten, so z.B. gerade auch nach dem kürzlich erschienenen langen Interview mit G. Fluri.

35
36 G. Fluri informiert, dass seine Stiftung plane, ab November 2017 verschiedene Alters-
37 heime zu besuchen, um mit möglichen Betroffenen ins Gespräch zu kommen, sie zu in-
38 formieren und ggf. auch Gesuche auszufüllen. Es sei erstaunlich, wie viele Betroffene es
39 immer noch gebe, die noch keine Kenntnis davon hätten, dass die Möglichkeit zur Ge-
40 suchseinreichung besteht. Dies bedeute für die Stiftung zwar einen grossen Aufwand,
41 aber man wolle die Betroffenen aktiv abholen.

42 43 44 **3. Liste der vorgeprüften Gesuche**

45 Die im Hinblick auf die heutige Sitzung abgegebene Liste enthält 227 Gesuche, welche
46 bereits vorgeprüft worden sind. 226 Gesuche sind zur Gutheissung, ein Gesuch ist zur
47 Ablehnung vorgesehen. Zu diesem Gesuch haben die Cocosol- Mitglieder zusätzliche In-
48 formationen erhalten. Urs Allemann hat die den Kommissionsmitgliedern gebotene Mög-
49 lichkeit zur Einsichtnahme genutzt und hat sich beim BJ fünf verschiedene Dossiers sei-
50 ner Wahl unterbreiten lassen. Der Präsident weist darauf hin, dass grundsätzlich alle Mit-
51 glieder der Cocosol bei Bedarf bzw. besonderem Interesse an einzelnen Fällen dieselbe
52 Möglichkeit haben. Er begrüsst eine aktive Einsichtnahme ausdrücklich, weil sich
53 dadurch Kommissionsmitglieder ein eigenes Bild von der Gesuchsbearbeitung machen
54 könnten. Dies gäbe dem BJ auch zusätzliche Sicherheit. Andererseits sei er aber froh,
55 wenn von dieser Möglichkeit nicht über die Massen Gebrauch gemacht werde. Das Aus-
56 drucken der Dokumente aus der elektronischen Datenbank und das Aufbereiten und Ein-
57 richten der Einsichtnahme sei nämlich personal- und zeitaufwendig.

1 Urs Allemann berichtet über seine Erfahrungen und Eindrücke anlässlich der Einsicht-
2 nahme. Er sei sehr froh gewesen, die von ihm ausgewählten Dossiers bzw. die Verfah-
3 rensakten selber lesen zu können. Die dort geschilderten Schicksale würden ihn immer
4 wieder aufs Neue zutiefst erschüttern. Die eingesehenen Dokumente seien seiner Mei-
5 nung nach sorgfältig bearbeitet worden. Er empfehle der Cocosol, Zustimmung zur Liste.
6

7 Reto Brand erklärt die per 1. Oktober neu erstellte Statistik. Sie gebe Auskunft hinsicht-
8 lich der aktuellen Verteilung der eingegangenen Gesuche in Bezug auf die Kategorien
9 Mann/Frau, Alter, Sprachregionen und Kantone. Diese Statistik solle von Zeit zu Zeit ak-
10 tualisiert werden. Nach Ablauf der Einreichfrist solle eine noch detailliertere Statistik er-
11 stellt werden, die dann auch in geeigneter Form veröffentlicht werden soll.
12

13 14 **3.a. Grenzfälle und Grundsatzfragen**

15 Die Kommission erörtert ein Gesuch, das zur Ablehnung empfohlen wird sowie die zwei
16 Fälle, die in den Medien vorgestellt worden sind. Dies mit Blick auf die Klärung von
17 Grenzfällen und Grundsatzfragen. Die Kommission führt eine angeregte Diskussion über
18 diese Fälle. Dabei zeigt sich, dass die persönliche Beurteilung durch die Kommissions-
19 mitglieder jeweils sehr unterschiedlich ausfällt. Es sind erfreulicherweise keine Fronten-
20 bildungen festzustellen zwischen Mitgliedern, die sich eher für eine grosszügige und sol-
21 chen, die sich eher für eine strenge Praxis aussprechen.
22

23 Aus der Diskussion ergeben sich schlussendlich folgende Leitlinien:

- 24 • Grundsätzlich müsse eine Fremdplatzierung ausserhalb der Familie stattgefunden
25 haben. Eine Platzierung bei Geschwistern, Grosseltern, Onkeln, Tanten oder ähn-
26 lich nahen Verwandtschaftsgraden gelte in der Regel nicht als Fremdplatzierung.
- 27 • Zudem müsse die Beeinträchtigung der körperlichen, psychischen oder sexuellen
28 Unversehrtheit durch die Platzierung zumindest einen gewissen Schweregrad
29 (mittelschwere oder schwere Beeinträchtigung) erreichen. Nicht jede Beeinträch-
30 tigung, auch wenn sie für die betroffene Person negative Folgen gehabt habe,
31 reichen hier aus.
- 32 • Ein Mitverschulden der Herkunftsfamilie könne nicht ausschlaggebend sein, die
33 Opfereigenschaft zu verneinen.
- 34 • Ein mögliches Selbstverschulden der betroffenen Person müsse von Fall zu Fall
35 individuell angeschaut werden; eine einfache Regel lasse sich hier nicht ableiten.

36 Es sei auch wichtig, dass man von Seiten des Fachbereiches wenn immer möglich und
37 sinnvoll den Kontakt zu den Betroffenen suche, um möglichst breit ausleuchten zu kön-
38 nen, wie die Hintergründe des Falles damals gewesen seien.
39

40 41 **4. Selbsthilfe- Projekte**

42 Der Präsident informiert kurz, dass sich ein Selbsthilfe-Projekt aus der Region Basel gut
43 entwickle. Es seien bereits viele Vorarbeiten geleistet worden und die lokalen Behörden
44 seien dem Projekt gegenüber positiv eingestellt.
45

46 **5. Verschiedenes**

47 Die nächste Sitzung findet am 7. Dezember 2017 von 10-16 Uhr im BJ statt; eine Einla-
48 dung wird folgen. Im Anschluss an diese letzte Sitzung des Jahres wird ein Stehlunch im
49 Sekretariat des Fachbereiches organisiert, an dem auch dessen Team präsent sein wird.
50

51 Ende der Sitzung: ca. 15.00h